

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	237
		TOP:	15
	Verhandlung	Drucksache:	278/2019
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	08.05.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	EBM Dr. Mayer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Gründung der Gesellschaft "Gigabit Region Stuttgart GmbH" (GRS)		

Vorgang: Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vom 03.05.2019, nicht öffentlich, Nr. 59

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 07.05.2019, nicht öffentlich, Nr. 234

jeweiliges Ergebnis: Verweis ohne Votum in das nachfolgende Gremium

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 17.04.2019, GRDRs 278/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Gründung der Gesellschaft "Gigabit Region Stuttgart GmbH" (GRS), dem beigefügten Gesellschaftsvertrag und dem Beitritt der Landeshauptstadt Stuttgart durch Erwerb von Geschäftsanteilen in Höhe von 7.143,00 EUR (entsprechend dem städtischen Anteil von einem Siebtel am Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 50.001,00 EUR) wird zugestimmt.
2. Der Vertreter der Landeshauptstadt wird ermächtigt, alle Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen, die für die Errichtung der Gesellschaft erforderlich und zweckmäßig sind. Ferner kann die Verwaltung den als Anlage

beigefügten Vertragsentwurf anpassen, soweit dies zweckmäßig und erforderlich sein sollte und dadurch keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen bedingt sind.

3. Dem Abschluss einer gesonderten Finanzierungsvereinbarung über einen Gesellschafterbeitrag als jährliche Einlage der Landeshauptstadt in die Kapitalrücklage der Gigabit Region Stuttgart GmbH bis 31.12.2030 in Höhe von jährlich 142.800,00 EUR (brutto) wird zugestimmt.

Die Stammeinlage und der Gesellschafterbeitrag mit zusammen 149.943 EUR werden 2019 im Teilfinanzhaushalt 200 - Stadtkämmerei, Projekt-Nr. 7.203051 - Unternehmen in Privatrechtsform, Beteiligungen AuszGr. 784/6 - Erwerb von Finanzvermögen finanziert. Der Gesellschafterbeitrag ab 2020 wird bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 berücksichtigt.

4. Die Landeshauptstadt entsendet in den Aufsichtsrat der Gigabit Region Stuttgart GmbH:

Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
OBM Fritz Kuhn	BM Thomas Fuhrmann
Ines Aufrecht	Martin Armbruster

Der Antrag Nr. 170/2019 vom 08.05.2019 (90/GRÜNE) ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes werden folgende Anträge mitbehandelt:

- Antrag Nr. 170/2019 vom 08.05.2019 mit dem Betreff "Gigabit Region Stuttgart: Konzentration auf Breitband" (90/ GRÜNE)
- Antrag Nr. 162/2019 vom 07.05.2019 mit dem Betreff "Bürgerbeteiligung beim Breitbandausbau" (SÖS-LINKE-PluS)
- Antrag Nr. 164/2019 vom 07.05.2019 mit dem Betreff "Offene Fragen zum Breitbandausbau und dem Telekom-Deal" (SÖS-LINKE-PluS)
- Antrag Nr. 22/2019 vom 17.01.2019 mit dem Betreff "Welche Rolle spielt Wolfgang Schuster beim Telekom-Deal mit der Stadt Stuttgart?" (SÖS-LINKE-PluS)

Der gegenüber StR Winter im Verlauf der Aussprache zugesagte E-Mail-Verkehr ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei in Papierform beigefügt (elektronisch als Dateianhang).

Eingangs dankt StR Winter (90/GRÜNE) der Verwaltung für die schriftliche Beantwortung der noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Gründung der Gesellschaft "Gigabit Region Stuttgart GmbH" (GRS), die sich im Rahmen der Beratung des Themas im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen am 03.05.2019 ergeben haben. Er bittet darum, die Stellungnahme der Verwaltung zur Präzisierung der zu fassenden Beschlüsse an dieses Protokoll anzuhängen.

Im Folgenden begründet StR Winter den Antrag seiner Fraktion. Er bekräftigt die Forderung der Antragssteller, die Themen Breitband-Ausbau einerseits und 5G und Mobil-

funkversorgung andererseits voneinander zu trennen. Deshalb plädieren die GRÜNEN dafür, alle Inhalte in den seitens der Stadt Stuttgart abzuschließenden Verträgen zur GRS, die 5G oder Mobilfunk betreffen, zu streichen. Der Stadtrat möchte wissen, ob dies möglich sei. Abschließend betont er, dass seine Fraktion den geplanten Breitband-Ausbau in der Landeshauptstadt und der Region Stuttgart ausdrücklich begrüße und dieser jetzt energisch vorangetrieben werden solle.

An StR Winter gerichtet, sagt Frau Aufrecht (OB/82) zu, die Frage bezüglich einer möglichen Ausklammerung von 5G und Mobilfunkversorgung aus der Kooperationsvereinbarung bis zur morgigen Beratung mit der Telekom zu klären.

In seiner Wortmeldung kritisiert StR Rockenbauch (SÖS-LINKE-PluS) den seiner Ansicht nach vorhandenen Zeitdruck im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Gründung der GRS scharf. Da es sich hierbei um Grundsatzfragen der Daseinsvorsorge und eine Maßnahme mit großen ökonomischen und ökologischen Auswirkungen für Stuttgart und dessen Bürgerinnen und Bürger handle, fordert der Stadtrat im Sinne des Antrags Nr. 162/2019 seiner Fraktionsgemeinschaft die Durchführung einer Bürgerbeteiligung zu den Themen Breitband-Ausbau, Smart City und 5G-Mobilfunk im Vorfeld der Beschlussfassungen über die GRDRsn 278/2019 und 392/2019. Er erklärt weiter, dass die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS durch den Antrag von ihrem Recht Gebrauch mache, aufgrund der "Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart" eine solche Bürgerbeteiligung bei diesem wichtigen Thema anzuregen. Im Sinne der Beratungsreihenfolge beantrage man, dass über die Durchführung der Bürgerbeteiligung zuerst im Beteiligungsbeirat, anschließend im Verwaltungsausschuss und danach im Gemeinderat entschieden werde. StR Rockenbauch bezieht sich dann erneut auf die Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung der Landeshauptstadt und erklärt, dass, solange über die Durchführung der Bürgerbeteiligung nicht entschieden worden ist, im jeweiligen Vorhaben keine den Gestaltungsspielraum einer etwaigen Bürgerbeteiligung einengenden Beschlüsse gefasst werden dürfen.

In diesem Zusammenhang erklärt EBM Dr. Mayer, über die Durchführung einer Bürgerbeteiligung müsse und werde der Gemeinderat entscheiden. Der Beteiligungsbeirat sei ein beratendes Gremium, das sich mit dem Beteiligungskonzept befasse.

In Bezug auf den durch StR Rockenbauch kritisierten engen zeitlichen Rahmen für die Entscheidung über die Gründung der GRS führt Frau Aufrecht aus, am 28.06.2018 habe der Gemeinderat der Fortführung von Kooperationsgesprächen mit der Privatwirtschaft, unter anderem auch mit der Deutschen Telekom, mit dem Ziel der Unterzeichnung einer Absichtserklärung zugestimmt. Ferner sei damals die Gründung der regionalen Breitbandgesellschaft beschlossen worden.

Im Weiteren spricht sich StR Rockenbauch, wie zuvor StR Winter, dafür aus, die Themen Breitband-Ausbau sowie 5G und Mobilfunkinfrastruktur voneinander zu trennen.

Anschließend erklärt StR Winter, er halte eine Bürgerbeteiligung in Bezug auf die Themen 5G und Smart City für sinnvoll.

StR Dr. Reiners (CDU) begrüßt im Namen der CDU-Gemeinderatsfraktion die geplante Gründung der GRS. Der Stadtrat betont die dringende Notwendigkeit einer konsequenten Digitalisierung und des Breitband- sowie Mobilfunkausbaus in Stuttgart und plädiert für eine Zustimmung zur GRDRs 278/2019, damit alle notwendigen Verträge zwischen

den Beteiligten geschlossen werden können und man möglichst zügig mit der Umsetzung beginnen kann.

In diesem Kontext erklärt der Stadtrat, dass Länder wie Spanien, Niederlande, Estland oder Südkorea Deutschland längst bei der Umsetzung der Digitalisierung überholt hätten. Deshalb gelte es, keine Zeit zu verlieren. Aus diesem Grund könne seine Fraktion auch die Forderung nach einer Ausklammerung der Themen 5G und Mobilfunkinfrastruktur nicht unterstützen. Ebenfalls halte man auch die vonseiten der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS gewünschte Bürgerbeteiligung nicht für notwendig oder sinnvoll. Der Handlungsbedarf in Bezug auf eine Verbesserung der Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur sei in der Bevölkerung unumstritten, so der Stadtrat, was eine weitere Diskussion über das Thema überflüssig mache. Ferner äußert sich der Stadtrat kritisch bezüglich der Wortwahl der Anträge Nr. 162/2019 und Nr. 164/2019.

Für die SPD-Gemeinderatsfraktion erklärt StR Körner (SPD), man sei der Meinung, dass das Glasfasernetz in die kommunale Hand gehöre. Diese Auffassung unterstützt im Folgenden auch StR Rockenbauch.

StR Körner fährt fort, seine Fraktion stimme einem zeitlich befristeten Betrieb und Abwicklung der Netze durch die Telekom zu, lege aber Wert darauf, dass die Infrastruktur langfristig in kommunale Hand übergehe. Den zeitlichen Rahmen hierfür müsse man schon jetzt in der Kooperationsvereinbarung regeln, meint der Stadtrat und bittet, diese Möglichkeit bis zur endgültigen Beschlussfassung im Gemeinderat zu prüfen.

Gegenüber StR Körner erklärt Frau Aufrecht, die passive Infrastruktur, welche durch die Landeshauptstadt Stuttgart zur Verfügung gestellt werde, verbleibe weiterhin im Eigentum der Stadt. Die Infrastruktur werde zu marktüblichen Preisen und wettbewerbsneutral vermietet, sodass sie auch von anderen Anbietern angemietet werden könne. Die Glasfasernetze, die durch die Telekom verlegt würden, verbleiben im Eigentum des Anbieters. Da die Stadt darüber entscheiden könne, mit welchem Anbieter sie Umsetzungsvereinbarungen abschließe, könnten perspektivisch auch die Stadtwerke ein eigenes Glasfasernetz verlegen. Allerdings könne die Stadt nicht grundsätzlich verhindern, dass private Diensteanbieter Glasfasernetze verlegen.

Am Ende der Debatte wird von StR Kotz (CDU) angeregt, die Vorlage ohne Votum in den morgigen Gemeinderat zu verweisen. So könnten heute Nachmittag noch die finalen Abstimmungen stattfinden und letzte ausstehende Fragen geklärt werden. Im Rahmen der Gemeinderatssitzung solle dann auch über die durch die Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS geforderte Bürgerbeteiligung entschieden werden. Dieser Vorschlag findet mehrheitliche Zustimmung der anderen Ratsmitglieder.

Nach einer Einwendung durch StR Rockenbauch bietet ihm EBM Dr. Mayer an, offene Fragen per E-Mail an die Verwaltung zu schicken. Die Verwaltung werde diese bis morgen beantworten. Der Vorsitzende betont, dass auch die anderen offen gebliebenen Fragen in Bezug auf die Kooperationsvereinbarung mit der Telekom heute Nachmittag beantwortet würden.

Danach stellt EBM Dr. Mayer fest:

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne Votum in die Sitzung des Gemeinderats verwiesen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Liegenschaftsamt (2)
Stadtkämmerei (2)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB/82
 3. S/OB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Rechtsamt
 5. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 6. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
Baurechtsamt (2)
 7. Referat T
Tiefbauamt (2)
 8. Rechnungsprüfungsamt
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR